

Initiativantrag für die Sitzung des Landesbeirates für Migration und Integration am 24. April 2009

Der Beirat für Migration und Integration möge beschließen:

Der Beirat begrüßt die in Hessen und Rheinland-Pfalz derzeit durchgeführte Kampagne von Organisationen und Einzelpersonen zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für *alle* Ausländerinnen und Ausländer.

Bundestag und Bundesrat werden dazu aufgefordert, den Weg zum Kommunalen Wahlrecht für Alle durch eine Änderung des Grundgesetzes freizumachen.

Der Beirat begrüßt die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung im Bundesrat und ermuntert sie dazu, in diesem Sinne fort zuzufahren.

Begründung:

Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, die in Deutschland leben, haben seit Mitte der 90er Jahre das Recht, auf kommunaler Ebene zu wählen und sich wählen zu lassen. Dies ist dem Zusammenwachsen der Europäischen Union zu verdanken. Dagegen sind Einwohner und Einwohnerinnen aus sogenannten Drittstaaten, z. B. der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und den außereuropäischen Staaten noch immer von der Teilnahme ausgeschlossen. Diese Ungleichbehandlung kann nicht gerechtfertigt werden.

Der Europarat und das Europäische Parlament setzen sich seit langem dafür ein, bei Wahlen auf kommunaler Ebene allen rechtmäßig in einem Land lebenden Menschen das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen. Das geschieht bereits in vielen europäischen Ländern, beispielsweise in Dänemark, Irland, den Niederlanden oder in Schweden.

Auch in Deutschland sollte durch eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes dafür endlich die Voraussetzung geschaffen werden. Eine fortgesetzte Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen bei Kommunalwahlen ist in höchstem Maße ungerecht und steht einem gleichberechtigten Zusammenleben entgegen.

Auch für das demokratische System ist es nicht gut, wenn Wahl- und Wohnbevölkerung auseinanderklaffen; in manchen Stadtteilen der großen Städte ist ja mitunter die Hälfte der Einwohner und Einwohnerinnen davon ausgeschlossen, ihre unmittelbaren Interessen zu vertreten.

Behrouz Asadi (Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz)

Albrecht Bähr (Evangelische Kirchen und Diakonische Werke in Rheinland-Pfalz)

Roland Graßhoff (Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP)

Miguel Vicente (Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz)